

# Protokollauszug

aus der  
54. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport  
vom 03.09.2008

---

öffentlich

**Top 3.1 Entwicklung Schulstandort Beethoven- und Goetheschule  
08/SVV/0611  
geändert beschlossen**

**Herr Buchholz** bringt den Antrag ein. Problem sei, dass die Schulanmeldungen an der Goethe-Schule rückläufig sind, obwohl der Bedarf in Babelsberg durch Zuzüge vorhanden sein müsste. Den Zeitpunkt für die Vorlage von Lösungsvorschlägen sollte man von September auf November ändern.

**Herr Richter** verweist darauf, dass die Behandlung des Antrages im Werksausschuss noch nicht erfolgt sei.

**Frau Ewers** informiert, dass in der Septembersitzung der SVV eine Mitteilungsvorlage zur integrierten Schul- und Hortplanung und im Januar die Schulentwicklungsplanung vorgelegt wird. Darin sind Aussagen zum Schulstandort zu finden. Danach ist die Entwicklung in Babelsberg stabil, d.h. es gibt keine weitergehenden Bedarfe z.B. aufgrund von Zuzügen.

**Frau Knoblich** fragt nach, warum laut Antrag die Entwicklung analog Campus am Stern geprüft werden soll. Sie geht davon aus, dass Babelsberg ein attraktiver Standort für junge Familien ist.

**Frau Dr. Lotz** verweist auf den Runden Tisch im Monat Juni, wo man sich mit dem Problem der Goethe-Schule beschäftigt hat und Dinge diskutiert wurden. Insofern sei das Anliegen des Antrages in Arbeit. Bis September könne keine Lösung vorgelegt werden.

**Frau Drohla** sieht in der schleppenden Sanierung die Ursache dafür, dass sich die inhaltliche Arbeit der Schule nicht in der Anwahl niederschlägt. Mit dem zweiten Teil des Antrages, für einen Campus Gymnasium und Grundschule, könne sich die Fraktion DIE LINKE nicht identifizieren. Sie bittet Vertreter der Schule, über den augenblicklichen Stand der inhaltlichen Arbeit zu berichten.

**Dr. Steinicke** fragt den Antragsteller, ob auf den zweiten Satz des Antrages verzichtet werden könnte (Dabei ist die Entwicklung zum Schulcampus analog Gymnasium und Grundschule am Stern zu prüfen).

**Herr Buchholz** streicht den zweiten Satz aus der DS 08/SVV/0611.

**Herr Kümmel** verweist auf die Besonderheit des Schulstandortes, wo Grund- und Gesamtschule zusammen gehören. Er fragt nach, ob sich schulorganisatorisch etwas ändern würde, wenn man beide Schulen trennen würde.

**Frau Fischer** verweist darauf, dass der Runde Tisch im Juni die Verabredung getroffen hat, die Gespräche im Herbst weiterzuführen. Jetzt liegen die Zahlen zur Klassenbildung vor. Sie plädiert dafür die Diskussion im Herbst zu führen.

**Herr Buchholz** stellt den **Geschäftsordnungsantrag, den Antrag zurückzustellen bis ein Ergebnis vorliegt.**

**Herr Bretz** meint, man kann einen Antrag nicht in der Diskussion zurückstellen und bittet darum, einen Vertreter der Schule zu hören.

**Herr Buchholz** möchte Vertretern der Schule die Rede nicht verwehren.

**Dr. Steinicke** erteilt Frau Frevert als Vertreterin des Kreisschulbeirates und Lehrerin an der Goethe-Schule das Wort.

**Frau Frevert** verweist darauf, dass der Runde Tisch aufgrund eines Hilfescheins der Schule zusammen gekommen ist. Herausgearbeitet wurde, dass das Profil Klasse 1 bis 13 zu wenig angenommen wird. Zukünftig wird es schwer werden, 11. Klassen zu bilden. Die Folge wäre die Umwandlung in eine Oberschule, was nicht im Interesse des Schulstandortes ist. Eine Variante wäre, eine selbständige Grundschule und ein selbständiges Gymnasium, ähnlich wie beim Campus am Stern. Wenn im Januar 2009 der Schulentwicklungsplan kommt, wäre es gut, wenn sich die SVV für dieses Modell positionieren könnte. Die Schule kann erst handeln, wenn sie die Unterstützung der SVV, der Verwaltung und des Staatlichen Schulamtes hat.

**Frau Ewers** erklärt, dass der Schulentwicklungsplan zu dieser Frage verschiedene Varianten vorschlagen wird. Wenn er im Januar beschlossen wird, kann entsprechend agiert werden. Der nächste Runde Tisch könne frühestens im November stattfinden.

**Herr Lesniak** stellt fest, dass die Schule eindeutig formuliert hat, dass sie den Antrag begrüßt. Es sollten schnellstmöglich Lösungsvorschläge vorgelegt werden, frühestens im ersten Bildungsausschuss nach der Wahl.

**Herr Buchholz** erklärt, dass die Fraktion Bürger Bündnis den ersten Satz des Antrages so beibehalten wolle. **Der letzte Satz ist wie folgt zu ändern: Erste Lösungsvorschläge sind in der ersten Sitzung der neuen Wahlperiode des Bildungsausschusses vorzulegen.**

**Beschlusstext:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, durch geeignete Maßnahmen die Attraktivität des Schulstandortes in Babelsberg (Beethoven- und Goetheschule) zu erhöhen.**

**Erste Lösungsvorschläge sind in der ersten Sitzung der neuen Wahlperiode des Bildungsausschusses vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4